

Wahlprüfsteine: Hochschulverbund Gesundheitsfachberufe

Der Hochschulverbund Gesundheitsfachberufe (HVG) sowie die weiteren unterzeichnenden Berufsverbände verfolgen das gemeinsame Ziel, die Anzahl der Studienplätze in den Fachbereichen Ergotherapie, Logopädie/Sprachtherapie und Physiotherapie in Baden-Württemberg zu verstetigen und deutlich auszubauen.

*Die Zielstellung einer qualitativ hochwertigen und zukunftsfähigen Ausbildung in den drei oben genannten Therapieberufen ist die evidenzbasierte und effiziente Patient*innenversorgung. Das Eckpunktepapier der Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Gesamtkonzept Gesundheitsfachberufe“ unterstreicht den Willen von Bund und Ländern, die Gesundheitsfachberufe durch eine Neuordnung zu stärken, die Ausbildungen zukunftsgerichtet und bedarfsgerecht zu gestalten und Perspektiven für die berufliche Weiterentwicklung zu schaffen. Mit der Hochschulfinanzierungsvereinbarung 2021-25ii ebnet das Land Baden-Württemberg den richtigen Weg, um diese Neuordnung umzusetzen. Damit die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung in Baden-Württemberg zeitnah davon profitieren kann, sollten in Zukunft konkrete Ziele formuliert werden. Neben den Wahlprüfsteinen zur Bundestagswahl 2021 werden auf Landesebene die Fragen spezifischer formuliert:*

Die unterzeichnenden Verbände bitten die Fraktionen, zu folgenden Fragen ihre jeweiligen Positionen zu erläutern:

1. Inwiefern werden die vorgesehenen Finanzmittel für die Akademisierung der Gesundheitsfachberufe laut Hochschulfinanzierungsvereinbarung für die Fachbereiche Physiotherapie, Ergotherapie, Logopädie/Sprachtherapie eingesetzt?

Die Gesundheitsfachberufe zu stärken, ist für uns Grüne ein zentrales Anliegen. Das gesamte Reformpaket zur Akademisierung der Gesundheitsfachberufe geht weit über die genannten Berufsbilder hinaus. Es umfasst auch die Reformen für die Ausbildung von Hebammen, Pflegefachkräften, Zahnärzt*innen und Allgemeinmediziner*innen. Zahlreiche Studien und Gutachten belegen: Die Aufgaben im Gesundheitswesen und die Anforderungen an die verschiedenen Berufe müssen angepasst werden, damit sie zukunftsfähig bleiben. Die (Teil-)Akademisierung sichert eine qualitative Versorgung ab und steigert zudem die Attraktivität der Berufe. Was wir zudem sicherstellen wollen, ist eine gerechte Bezahlung und Aufstiegsmöglichkeiten. Deshalb setzen wir uns in Bund und Land für entsprechende Maßnahmen ein. Hierzu gehört die Hochschulfinanzierungsvereinbarung (HoFV), die das grün-geführte Wissenschaftsministerium ausgehandelt hat. Die HoFV gibt den Hochschulen angemessene finanzielle Spielräume und Planungssicherheit – und ist bundesweit vielbeachtet. Wir Grüne haben immer wieder darauf hingewiesen: Die Akademisierung ist nicht zum Nulltarif zu haben. Deshalb hat die grün-geführte Landesregierung den Bund mehrfach aufgefordert, sich an der Finanzierung der Reformen zu beteiligen. Bisher aber bleiben die Hochschulen zumeist auf den Kosten sitzen, auch wenn die Landesregierung teilweise für den Bund eingesprungen ist.

2. Wie ist der Auf- und Ausbau der Studienplätze im Bereich der Gesundheitsfachberufe (Ergotherapie, Physiotherapie, Logopädie/Sprachtherapie) in der nächsten Legislaturperiode vorgesehen? Aufgeschlüsselt nach Anzahl der Studienplätze und dem Prozess der Verteilung dieser Plätze.)

Was den Auf- und Ausbau der Studienplätze betrifft, so muss hier eine bundesweit übergreifende Verständigung erzielt werden. Dabei sind nicht nur Bund und Länder einzubeziehen, sondern auch die Wissenschafts- und Gesundheitsministerien sowie die Hochschulen. Es braucht einen verbindlichen Fahrplan zur weiteren Teilakademisierung der Ergotherapie, Logopädie und Physiotherapie sowie Konzepte für die schulische Ausbildung. Die Hochschulen brauchen finanzielle

Planungssicherheit, um weitere Studienplätze zu schaffen. Dazu müssen sich Bund und Länder übergreifend verständigen. Genau darauf wirken wir Grüne in der Landesregierung und im Bundestag hin. An dem Fahrplan zur Teilakademisierung wollen wir die Berufsverbände der Therapieberufe und die Hochschulverbände beteiligen. Wir setzen hier auf Kooperation – anders als die Bundesregierung. Sie ändert Gesetze, lässt die Hochschulen bei der Umsetzung aber allein.

3. Was tut die Fraktion, um die Abschaffung der Schulgelder in allen benannten Gesundheitsfachberufen – unabhängig ihres Status als Ersatz- oder Ergänzungsschulen – schnellstmöglich umzusetzen?

Wir Grüne im Land und im Bund wollen eine vollständige Schulgeldfreiheit für die Gesundheitsfachberufe. Eine gute und flächendeckende physiotherapeutische, ergotherapeutische, logopädische und podologische Versorgung ist wichtig – auch und gerade beim Aufbau sektorenübergreifender und bedarfsgerechter Versorgungsstrukturen. Wir brauchen also gute Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen. Sprich: Schulgeldfreiheit und eine Ausbildungsvergütung. Dies gilt es möglichst schnell auch in den baden-württembergischen Schulen in privater Trägerschaft zu verwirklichen.

Baden-Württemberg war eines der ersten Länder, die schon früh finanzielle Überbrückungshilfen für die Gesundheitsfachschulen in privater Trägerschaft eingeführt haben – bis eigene Kopfsätze gemäß Privatschulgesetz errechnet wurden. Diese Maßnahmen sollte den finanziellen Druck auf die Schulen mindern, solange die im Koalitionsvertrag der Bundesregierung angekündigte Schulgeldfreiheit noch nicht umgesetzt ist. Im Rahmen der Gesundheitsministerkonferenz der Länder hat Baden-Württemberg den Bund regelmäßig dazu aufgefordert, die Schulgeldfreiheit festzulegen und die Finanzierung mit den Ländern abzustimmen. Bund und Länder müssen jetzt zügig einen Plan vorlegen, wie die Eckpunkte des Gesamtkonzepts Gesundheitsfachberufe zeitlich und finanziell umzusetzen sind. Dies betrifft insbesondere die Aspekte Schulgeldfreiheit, Ausbildungsvergütung und Akademisierung weiterer Gesundheitsfachberufe. Auch eine Änderung des Krankenhausfinanzierungsgesetzes (KHG) ist notwendig. Es muss geregelt werden, wie die Ausbildungskosten zu refinanzieren sind.

In unserem Wahlprogramm zur Landtagswahl in Baden-Württemberg beschäftigt sich das Kapitel „Gesundheit, Pflege und Demografie“ ausführlich mit den Gesundheitsfachberufen. Unser klares Ziel: Wir Grüne wollen die Leistung dieser Berufe besser wertschätzen. Entsprechend bekennen wir uns im Wahlprogramm klar und deutlich dazu, eine Ausbildungsvergütung einzuführen und die Schulgelder abzuschaffen.

4. Welche Möglichkeiten sehen Sie noch, um den Fachkräftebedarf in den genannten Gesundheitsfachberufen langfristig sicherzustellen?

Die Gesundheitsfachberufe sind eine wichtige Säule der Gesundheitsversorgung, der Gesundheitsförderung, der Prävention und der Rehabilitation. Und sie werden künftig noch enger zusammenarbeiten und zunehmend mehr Verantwortung übernehmen. Für diese Anforderungen braucht es den richtigen politischen Rahmen und geeignete Unterstützung. Wir Grüne werden mit den Mitteln, die uns im Land zur Verfügung stehen, daran arbeiten. Wir wollen unseren Beitrag dazu leisten, die Eckpunkte umzusetzen, die die Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Gesamtkonzept Gesundheitsfachberufe“ erarbeitet hat. Das heißt konkret: Wir wollen das Schulgeld abschaffen, eine Ausbildungsvergütung einführen und die Ausbildungen und das Studium durchlässiger machen. Darüber hinaus ist eine Revision der Berufsgesetze notwendig.

Die (Teil-)Akademisierung ist zudem wesentlicher Baustein der Fachkräftesicherung. Sie führt dazu, dass die Berufe attraktiver werden und ihr Tätigkeitsfeld erweitert wird. Davon profitieren nicht nur die Fachkräfte selbst, sondern auch die Versorgung insgesamt – und damit die Patient*innen. Im

Studium werden die angehenden Fachkräfte dazu befähigt, sich fortlaufend weiterzubilden und komplexe Aufgaben zu übernehmen.

Mit den Mitteln, die uns auf Landesebene zur Verfügung stehen, werden wir die Gesundheitsfachberufe weiter stärken. Zum Beispiel, indem wir die Primärversorgungszentren fördern. Hier arbeiten die verschiedenen Berufe auf Augenhöhe zusammen. Zu nennen ist hier außerdem das Landesprogramm „Akademisierung Gesundheitsfachberufe“. Auch bei der Hochschulfinanzierungsvereinbarung (HoFV) werden wir die Gesundheitsfachberufe berücksichtigen.